

***Mit***  
**Freiheit**  
***zu*** Das Wahlprogramm der  
FDP Dortmund zur  
Kommunalwahl 2025  
***neuen***  
***Chancen.***

Das Programm der Dortmunder  
Freien Demokraten zur Kommunalwahl  
am 14. September 2025

## **Präambel: Mit Freiheit zu neuen Chancen**

Die Freien Demokraten in Dortmund stehen und streiten für die Werte der liberalen Demokratie - auch in der Kommunalpolitik. Individuelle Freiheit ist das Herzstück unseres Handelns. Wir stehen für eine Politik, die den Menschen vertraut – statt ihnen zu misstrauen.

Die besten Ideen entstehen nicht in den Büros der Verwaltung, sondern in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb setzen wir auf Freiheit statt Vorschriften, auf Eigenverantwortung statt Bevormundung und auf Chancen statt Schranken.

## **Liberaler Politik lässt die Menschen machen.**

Jeder Mensch soll das Recht haben, sein Leben nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten, solange die Rechte anderer Menschen respektiert werden. Unsere Aufgabe als Politik ist es nicht, zu kontrollieren, zu gängeln oder vorzuschreiben, sondern Möglichkeiten zu schaffen und Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Jeder Mensch soll unabhängig von seiner Herkunft und seinem Geschlecht die gleichen Möglichkeiten haben, sein Potenzial zu entfalten und sozialen Aufstieg zu schaffen. Wir setzen uns für eine offene, tolerante Stadtgesellschaft ein, in der unterschiedliche Identitäten und Lebensentwürfe willkommen sind. Dortmund soll ein Ort sein, der seine Vielfalt als Stärke begreift.

## **Eine liberale Gesellschaft beruht auf einem starken Rechtsstaat.**

Regeln gelten für alle gleich. Das gilt auch für die Gestaltung von Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt. Liberaler Politik schafft die Voraussetzungen dafür: klare Regeln, faire Chancen und maximale Freiheit zur persönlichen Entfaltung. Wir verteidigen Bürgerrechte, schützen die Privatsphäre und stellen uns jeder Form von Intoleranz entgegen.

## **Wir stehen für eine neue Aufbruchsstimmung in unserer Stadt.**

Für ein Dortmund, das mutiger, freier und moderner ist. Für eine Gesellschaft, in der nicht das Amt, sondern die Menschen selbst entscheiden, was möglich ist. Liberaler Politik strebt nach Effizienz und Innovation im öffentlichen Sektor.

## **Liberalismus wirkt.**

Weil wir den Menschen mehr zutrauen – und weniger vorschreiben. Dafür kämpfen wir. Gemeinsam. Jetzt.

## Teil 1

### Eine Wirtschaftswende in Dortmund. Für alle. Für Dich.

Wir kümmern uns um Arbeitsplätze mit Zukunft in Dortmund. Wir setzen als Partei der Marktwirtschaft und der wirtschaftlichen Freiheit auf die Kraft der privaten Unternehmen und auf die Motivation, auf Leistungsbereitschaft und die Ideen ihrer Beschäftigten - gerade im Mittelstand, bei Gründerinnen und Gründern, im Handwerk, der Industrie und den besonders starken Dienstleistungsbranchen in unserer Stadt.

Nicht nur Deutschland, auch Dortmund braucht eine Wirtschaftswende. Unsere Unternehmen leiden unter lähmender Bürokratie und Fachkräftemangel. Die Innovationskraft des Standorts muss gestärkt und seine Vermarktung verbessert werden. Wir arbeiten an einem wirtschaftlichen Aufbruch für Dortmund. Für alle. Für Dich.

#### I. Bürokratieabbau

Wir wollen Antragsteller in der Stadtverwaltung zu Kunden machen. Wir wollen es Unternehmen so einfach machen wie möglich, damit sie sich um die Entwicklung ihrer Produkte kümmern können. Viele Verwaltungsprozesse dauern zudem zu lange, noch immer sind die Chancen der Digitalisierung noch nicht ausgeschöpft. Die Stadt Dortmund fügt der Bürokratie von Bund und Land mit lokalen Regeln noch weitere hinzu – gerade bei Vorschriften, die das Bauen erschweren oder verteuern. Das wollen wir ändern.

Das heißt für uns:

1. Wir wollen ein kommunales Bürokratieabbauprogramm zur Entlastung der Wirtschaft umsetzen. Ziel ist die Verschlinkung und Beschleunigung von Verfahren durch den Abbau bürokratischer Hürden und die verstärkte Digitalisierung von Prozessen.
2. Sofern Bund und Land in ihren Gesetzen keine Bearbeitungsfristen für Verwaltungsvorgänge festgelegt haben, soll der Verwaltungsvorstand solche Bearbeitungsfristen festlegen. Werden diese überschritten, ist dies in jedem Einzelfall unverzüglich dem Verwaltungsvorstand mitzuteilen, der dann durch personelle Unterstützung oder bessere Koordination von Verwaltungseinheiten die künftige Einhaltung der Fristen abzusichern hat.
3. Der Oberbürgermeister und die einzelnen Dezernenten haben eine Kultur der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, aber auch mit Bauwilligen vorzugeben und zu entwickeln. Antragsteller sind als Kunden zu sehen. Wenn etwas nicht geht, erwarten wir von der Verwaltung eine Beratung dahingehend, wie es gehen kann. Ämter müssen innerhalb einer vorzugebenden Zeit auf Anfragen per Mail reagieren. Die telefonische und persönliche Erreichbarkeit aller Verwaltungseinheiten ist sicherzustellen. Das „Tot-Stellen“ einzelner Ämter bei Überlastung muss ein Ende haben.
4. Wir wollen ein System von Unternehmenslotsen als Stabsstelle beim OB für die Verwaltungsvorgänge einrichten, an denen mehrere Verwaltungseinheiten beteiligt sind. Ihre Aufgabe besteht darin, die reibungslose, zeitnahe und möglichst parallele Bearbeitung in den beteiligten Fachbereichen sicherzustellen. Die Lotsen sind einziger

Kommunikationspunkt für die Unternehmen („One-Stop-Shop), bündeln alle Rückfragen und klären unterschiedliche Sichtweisen innerhalb der Verwaltung intern.

5. Vorschriften in den Bereichen Bau und Stadtentwicklung wollen wir abbauen, bei denen städtische Regelungen die Kosten für Baumaßnahmen über Landes- und Bundesgesetze hinaus erhöhen. Anträge müssen zudem schneller bearbeitet werden, um Wachstumspläne von Unternehmen nicht zu blockieren. Das stärkt nicht nur die Unternehmen, sondern erleichtert auch den Neubau, Ausbau und Umbau von Wohnungen – für mehr bezahlbaren Wohnraum in Dortmund.

## **II. Wirtschaftsflächen**

In Dortmund gibt es Angebote für Startups, es fehlen aber ausreichende Flächen in der Stadt für wachsende Unternehmen.

Das heißt für uns:

1. Die Wirtschaftsflächenstrategie muss einen Schwerpunkt auf das Recycling von Brachflächen legen und Angebote für die Wirtschaft in unterschiedlichen Größen und in mehreren Teilen Dortmunds entwickeln. Eine Konzentration auf ein großes Neubaugebiet im Freiraum ist zu vermeiden.
2. Wir werden von der Stadtverwaltung einfordern, engagierter bei Bund und Land aktiv zu werden, um eine Förderung für das kostenintensive Recycling ehemaliger Industrieflächen im Ruhrgebiet zu erhalten.
3. Die Wirtschaftsförderung soll Wachstumsunternehmen gezielt bei der Flächensuche nach der Startup-Phase unterstützen.

## **III. Stärkung und Vermarktung des Innovationsstandortes Dortmund**

Dortmund ist ein wichtiger Hightech- und Wissenschaftsstandort in Deutschland. In den vergangenen 30 Jahren hat sich Dortmund von einer hauptsächlich durch Stahl- und Kohleindustrie geprägten Region in einen modernen, vielfältigen Unternehmensstandort gewandelt.

Jetzt aber droht die Sichtbarkeit und Attraktivität des Hightech- und Wissenschaftsstandortes Dortmund nachzulassen. Die Abwanderung des Unternehmenssitzes von ELMOS ist ein Warnsignal. Relevante Neuansiedlungen sind nicht erfolgt. Selbst innerhalb Dortmunds ist die Kenntnis über die Leistungsfähigkeit der lokalen High-Tech-Unternehmen gering.

Das heißt für uns:

1. Wissenschaft und Technik stärken das Image Dortmunds in der Welt. Die Wirtschaftsförderung soll sich daher verstärkt in der Akquise und Organisation entsprechender Konferenzen und Netzwerkformate engagieren, um die Sichtbarkeit der Leistungen am Standort voranzubringen und ein internationales Publikum nach Dortmund zu holen.

2. Die Wirtschaftsförderung soll bei Messen das Konzept von Gemeinschaftsständen Dortmunder Unternehmen nachfragegerecht ausbauen.
3. Die Wirtschaftsförderung soll alle Informationsmaterialien und ihre Website in englischer und bei Bedarf in weiteren Sprachen der Länder, die für die Dortmunder Wirtschaft von besonderer Signifikanz sind, anbieten.

#### **IV. Internationale Wirtschaftsförderung und Städtediplomatie**

Wirtschaftsförderung braucht eine klare europäische und globale Dimension. Dortmunds Unternehmen – gerade der Mittelstand – müssen auch seitens der Stadt bestmöglich unterstützt werden. Dabei kommt es darauf an, keine Doppelstrukturen zu bestehenden Unterstützungen aufzubauen, sondern einen echten Mehrwert mit den eigenen Aktivitäten der Stadt zu schaffen. Städtepartnerschaften und internationale Projektpartnerschaften sollen stärker für die globale Wirtschaftsförderung, aber auch einen kritischen Menschenrechtsdialog genutzt werden. Die von der FDP mit einem Haushaltsantrag angestoßenen internationalen Maßnahmen in der Wirtschaftsförderung und die neuen Städtepartnerschaften sind ein Anfang und müssen weiterentwickelt werden.

1. Die Stadt Dortmund soll ihr Engagement in der Städtediplomatie ausbauen. Das betrifft die aktive Mitarbeit von Ratsmitgliedern im Rat der Gemeinden und Regionen Europas ebenso wie die Nutzung der kommunalen Möglichkeiten, um einen Beitrag zur deutschen Außenpolitik zu leisten. Neben Wirtschaftsthemen betrifft dies insbesondere die Thematisierung von Menschenrechten im Rahmen von Städtepartnerschaften, z.B. im Blick auf LSBTIQ oder Oppositionelle. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, bei Delegationsreisen der Stadt und des Rates Einsparpotentiale zu identifizieren.
2. Wir wollen von innovativen Ideen aus den Partnerstädten lernen und gemeinsam an konkreten Projekten arbeiten – etwa an der Umsetzung nachhaltiger Mobilität, an Projekten von Klimaschutz und -anpassung, an Technologiekooperationen oder an Ausbildungspartnerschaften für den Austausch von Auszubildenden und Fachkräften. Die Stadtverwaltung sollte Kontakte für Dortmunder Unternehmen schaffen und Türöffner für Unternehmen aus den Partnerstädten im deutschen Markt sein.
3. Für die bestehenden internationalen Städtepartnerschaften sollen jeweils Schnittmengen und Synergien bei wirtschaftlichen Strukturen, Clustern und Entwicklungsperspektiven untersucht werden, um für jede Städtepartnerschaft einen strategischen Ansatzpunkt für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und gemeinsame Kooperationsprojekte zu definieren und umzusetzen.
4. Gibt es für international relevante Cluster der Dortmunder Wirtschaft keine oder nur geringe Anknüpfungspunkte in den bestehenden Partnerstädten, so soll die Stadtverwaltung auf geeignete Städte und Regionen mit konkreten Projektvorschlägen zuzugehen. Dies betrifft insbesondere führende Regionen in den Bereichen High Tech und IT.

## **V. Fachkräfte**

Der Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel hemmt die Entwicklungsmöglichkeiten der Dortmunder Wirtschaft. Die Freien Demokraten setzen auf Qualifizierung und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auf Fachkräfte-Einwanderung und die Attraktivitätssteigerung für Arbeitskräfte aus anderen Städten Deutschlands.

Das heißt für uns:

1. Wir brauchen eine Willkommenskultur für ausländische Fachkräfte. Das beginnt mit der einem durchgängig englischsprachigen Angebot für Informationen und Terminbuchung auf der Website der Stadt. Die kommunalen Integrationsangebote dürfen sich nicht nur auf Flüchtlinge mit geringer Qualifikation ausrichten, sondern müssen auch gut qualifizierten Einwanderern Angebote machen, außerhalb der Arbeit in unserer Gesellschaft anzukommen.
2. Kultur, Technologie und Toleranz – das sind nach Studien wichtige Standortfaktoren, um qualifizierte Fachkräfte von außen anzuziehen. Dortmund ist hier stark und muss es bleiben. Mit der neuen Markenstrategie Dortmunds ist die Grundlage gelegt, dies auch nach außen zu kommunizieren. In der kommenden Wahlperiode muss nun eine wirksame Imagekampagne folgen, die außerhalb unserer Stadt Lust auf Arbeiten und Studieren in Dortmund macht.
3. Durch gute Angebote an Kinderbetreuung wollen wir es Frauen und Männern ermöglichen, Beruf und Familie miteinander zu verbinden, und so auch die Erwerbstätigenquote weiter steigern. Das brach liegende Potenzial an geringqualifizierten Menschen im Bürgergeld-Bezug wollen wir durch Qualifizierung stärken – durch Angebote, durch Abbau von Vermittlungshemmnissen, aber auch durch nachdrückliches Einfordern, eine Arbeit aufzunehmen.

## **Teil 2**

### **Solide Finanzen. Gute Verwaltung. Solider Stadt-Konzern. Heute auch an morgen denken.**

Die Freien Demokraten stehen wie keine andere Partei für solide Finanzen. Für uns ist das eine Frage von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Wir haben im Bund bewiesen, dass wir bei der Schuldenbremse zu unseren Grundsätzen stehen, während andere trotz gegenteiliger Versprechen den Weg in die ungehemmte Verschuldung gehen.

Auch in Dortmund sind es die Freien Demokraten, die nicht an das Maximum der vom Land erlaubten Verschuldung gehen wollen. Wir denken an die Schuldenlast und die Zinslast für die junge Generation. Wir wollen, dass auch die nachwachsenden Generationen noch freie politische Entscheidungen über die Gestaltung unserer Stadt treffen können – statt nur die Schulden von heute abzubezahlen.

Gleichzeitig setzen wir auf gezielte Investitionen und eine funktionierende, möglichst digitale Verwaltung. Denn die Bürgerinnen und Bürger sollen gute Leistungen für ihr Geld bekommen.

## **I. Solide Haushaltsführung**

Nach einigen üppigen Jahren sind Dortmunds Finanzen wieder in tiefroten Zahlen. So gerade eben schafft es der Kämmerer zu verhindern, dass Dortmund seine finanzielle Freiheit an die Aufsicht der Bezirksregierung abgeben muss. Und das trotz vergleichsweise stabiler Steuereinnahmen. Viele der Probleme sind hausgemacht. Notwendig ist eine kritische Bestandaufnahme der städtischen Haushaltsführung.

Das heißt für uns:

1. Das Verschleudern von Steuergeldern für linke Lieblingsprojekte muss ein Ende haben. Die von Schwarz-Grün durchgesetzte Projekt- und Verbändeförderung – darunter ein Zentrum mit Antifa-Treffen und Hausbesetzer-Liederabend oder die Unterstützung irregulärer Migration auf Steuerzahlerkosten - muss konsequent und kritisch durchforstet werden. Zudem muss die ordnungsgemäße Verwendung öffentlicher Gelder strikt geprüft werden.
2. Ohne eine Rückführung der Personalausgaben wird die Sanierung des städtischen Haushalts nicht gelingen – zu groß ist ihr Anteil an den Gesamtausgaben. Dass der städtische Personalbestand immer weiter aufgebläht wird, allein in den letzten fünf Jahren um etwa 20 Prozent, muss ein Ende haben. Wir fordern, dass die Stadt in den nächsten Jahren in der Summe keine neuen Stellen schaffen darf. Es braucht klare Prioritäten in der Verwaltung. Wenn es Aufgaben gibt, die man ausbauen will, dann müssen andere Aufgaben zurückgefahren werden oder ganz entfallen – oder endlich die Einsparmöglichkeiten durch die Digitalisierung genutzt werden. Statt weiterem Stellenzuwachs braucht Dortmund endlich eine echte Digitalisierungsoffensive – für eine schlanke, effiziente und zukunftsfähige Verwaltung.
3. Das von der FDP mit initiierte zentrale Fördermittelmanagement muss in die Realität umgesetzt werden, damit insbesondere für wichtige Investitionen in die Infrastruktur alle Drittmittel genutzt werden, die verfügbar sind.
4. Für nicht-investive Ausgaben sollen Förderprogramme von Bund und Land nur genutzt, auch wenn sie für unsere Stadt wirklich notwendig sind. Denn fast immer fallen kommunale Eigenanteile an, die sich dann erheblich aufsummieren und verstetigen.
5. Wir wollen die Mittel für hauptamtliche Beauftragte in der Stadtverwaltung, welche allein für diese Tätigkeit eingestellt wurden, zurückfahren.

## **II. Städtische Steuern und Gebühren**

Städtische Steuern und Gebühren sind ein Standortfaktor im bundesweiten Wettbewerb. Zudem belasten sie die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zu den Steuern von Bund und Land. Zuletzt wurde die Grundsteuer in Dortmund kontrovers diskutiert. Auch wenn die Stadt Dortmund die Belastung für Wohngebäude bei der Grundsteuer aufkommensneutral gestaltet hat, so bleibt es bei der Kritik der Freien Demokraten an der Ausgestaltung der Grundsteuerreform durch Bund und Land.

Das heißt für uns:



1. Eine Erhöhung von städtischen Steuern wie Gewerbesteuer und Grundsteuer lehnen wir für die kommende Wahlperiode strikt ab. Vielmehr wollen wir alle Steuersenkungsmöglichkeiten nutzen, die seriös gegenfinanziert sind.
2. Wir treten weiterhin für die Abschaffung der Hundesteuer, der Beherbergungsabgabe auf Hotelübernachtungen, der Vergnügungssteuer auf die Verschaffung von Gelegenheiten zu sexuellen Handlungen („Sexsteuer“) sowie von Sondernutzungsgebühren für Außengastronomie ein.
3. Eine kommunale Verpackungsabgabe für den Außer-Haus-Verkauf von Speisen lehnen die Freien Demokraten ab.
4. Bei der Kalkulation städtischer Gebühren, etwa für Abwasser und Abfall, muss der Rat die Ausgaben der städtischen Betriebe insbesondere für Verwaltungsaufgaben kritisch hinterfragen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht mehr bezahlen als unbedingt nötig.

### **III. Städtische Unternehmen**

Die städtischen Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge für die Menschen in Dortmund. Ob öffentlicher Nahverkehr, Abfallentsorgung, Krankenversorgung oder Energienetze – bei diesen und anderen Aufgaben leisten die Beschäftigten im kommunalen Konzern hervorragende und wichtige Arbeit.

Zugleich dürfen städtische Unternehmen aber der Privatwirtschaft keine unfaire Konkurrenz machen. Denn allein mit dem faktischen Insolvenzschutz und ihrer Finanzierung zu Konditionen, die sonst nur der Staat bekommt, hat der städtische Konzern Wettbewerbsvorteile. Das darf insbesondere nicht zu Lasten von Arbeitsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen gehen. Deshalb stehen wir Freien Demokraten für eine enge Auslegung der Gemeindeordnung ein, wenn es um die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Dortmund geht. Diese soll nur erfolgen, wenn die Leistungen staatlich erheblich besser oder billiger erbracht werden können.

Und wir pochen auf einen soliden städtischen Konzern. Städtische Beteiligungen wie das Klinikum dürfen nicht zur tickenden Zeitbombe für ihren Haushalt werden. Finanzskandale wie bei DEW und Stadtenergie oder Korruption wie bei verkauften Jobs bei der EDG müssen durch bessere Kontrollsysteme künftig verhindert werden.

Das heißt für uns:

1. Das jährliche Defizit des Klinikums Dortmund von derzeit 35 Millionen Euro bedroht die Existenz des größten Krankenhauses unserer Stadt. Das städtische Klinikum braucht durchgreifende Strukturreformen. Es braucht auch den Willen, mit den kirchlichen Krankenhäusern in Dortmund und dem Klinikum Westfalen zu kooperieren, um die Leistungen für die Patientinnen und Patienten zu erhalten, aber zentral an einem Standort in Dortmund anzubieten. Das Dogma des Maximalversorgers, der alles macht, muss in diesem Sinne überdacht werden. Ansonsten fährt man das Krankenhaus sehenden Auges vor die Wand und am Ende dürfen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die Managementfehler bezahlen – zu Lasten der Investitionen in Kitas, Schulen und andere städtische Aufgaben.
2. Reine Finanzbeteiligungen wie RWE wollen wir verkaufen, um Investitionen in die Infrastruktur zu finanzieren und die Schulden der Stadt zurückzuführen. Die erfolgreiche

Privatisierung der STEAG hat gezeigt, dass damit erhebliche Summen mobilisiert werden können.

3. Eine Ausweitung der Servicegesellschaft der Dortmunder Stadtwerke über Sicherheitsdienstleistungen hinaus lehnen wir ab. Dem Handwerk darf keine unfaire Konkurrenz gemacht werden.
4. Wir werden bei allen defizitären Tochtergesellschaften, einschließlich der Westfalenhallen, des Deutschen Fußballmuseums und des Flughafens, auf eine effektive Wahrnehmung der städtischen Kontrollaufgaben durch Verwaltung und Aufsichtsräte achten. Ziel muss eine schwarze Null im operativen Geschäft sein. Die FDP unterstützt den Flughafen in seiner jetzigen Ausbaustufe.
5. Compliance-Regeln, interne Kontrollsysteme und der neue Public Corporate Governance Kodex müssen bei allen städtischen Unternehmen gelebt, durchgesetzt und kontinuierlich verbessert werden. Wir Freie Demokraten stehen im Interesse der Beschäftigten für gute Arbeitsbedingungen, sicheren Hinweisgeber-Schutz und ein ganzheitliches Diversity Management im städtischen Konzern. Öffentliche Unternehmen müssen hier vorbildlich sein.
6. Die kommunalen Unternehmen dürfen nicht mit weiteren Berichtspflichten überfrachtet werden. Den Beirat der Kommunalwirtschaft wollen wir als bewährtes Instrument bei der Steuerung des Stadtkonzerns beibehalten.

#### **IV. Effiziente und digitale Verwaltung**

Digitalisierung umsetzen, Bürgerfreundlichkeit erhöhen und Personal effizient einsetzen – das ist es, was wir Freie Demokraten von der Verwaltung erwarten.

Das heißt für uns:

1. Im Zuge der Digitalisierung müssen zunächst Prozesse auf ihre Sinnhaftigkeit, Effizienz und Kundenorientierung überprüft werden. Erst dann sollen die überprüften Prozesse digital abgebildet werden. Für die zu nutzende Software setzen wir vorrangig auf Open Source und die Nutzung von Lösungen, die bereits in anderen Städten erfolgreich erprobt wurden. Das Rad muss nicht in jeder Stadt neu erfunden werden.'
2. Digitalisierung muss ohne Medienbrüche gestaltet werden. Es ist noch keine sinnvolle Digitalisierung, wenn der Bürger seine Daten digital eingibt, damit sie dann im Amt als PDF bearbeitet oder ausgedruckt werden.
3. Auch bei den Bürgerdiensten muss gelten: Antragsteller sind Kunden. Bürgerfreundliche Kommunikation und zeitnahe Terminvergabe sind eine Daueraufgabe. Um das Personal zu entlasten und Zweittermine für die Bürger zu vermeiden, wollen wir überall, wo es möglich ist, Dokumentenabholtschränke anschaffen – so kann dann der Pass so abgeholt werden, wie man es von Paketboxen kennt.

4. Arbeit ist auch in der Stadtverwaltung ungleich verteilt. Während es in manchen Ämtern zu Überlastungssituationen kommt, könnte man an anderer Stelle durchaus mit weniger Personal zurechtkommen. Aus unserer Sicht bedarf es einer Analyse, wie man die einzelnen Fachbereiche personell ausstatten würde, wenn man die Verwaltung neu aufbauen würde.
5. Wir wollen Dortmund zur Vorreiterin moderner Verwaltung machen – durch konsequentes Benchmarking mit den besten Städten. Wenn eine Kommune in vergleichbaren rechtlichen Rahmenbedingungen besser abschneidet, werden Dortmunder Prozesse überprüft und optimiert, mit dem Ziel, mindestens die gleiche Leistungsfähigkeit zu erreichen. Statt teurer Bürokratie: messbare Leistung für die Menschen

## **Teil 3**

### **Rechtsstaat bewahren. Regeln durchsetzen.**

Die Freien Demokraten stehen für einen handlungsfähigen Rechtsstaat, der die Freiheit jedes Einzelnen schützt und durch faire Regeln für Ordnung sorgt. Wir treten für den Schutz der Grundrechte der Einzelnen ein und wollen möglichst wenig Regeln für die Bürgerinnen und Bürger. Freiheit braucht Sicherheit – und Sicherheit braucht die konsequente Durchsetzung geltenden Rechts. Wir wollen, dass Regeln für alle gelten und auch durchgesetzt werden: gegen illegale Migration, Steuerbetrug, Sozialleistungsmissbrauch, aggressives Betteln und campieren und für mehr Sauberkeit und Sicherheit in unserer Stadt. Die rechtschaffenen Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht die dummen sein, weil andere Regeln ignorieren.

Nicht immer ist die Stadtverwaltung zuständig. Zuständigkeiten zwischen Stadt, Landes- und Bundespolizei, Zoll oder Landesverwaltung müssen besser verzahnt werden – und dort, wo die Stadt Dortmund Verantwortung trägt, muss sie auch wahrgenommen werden. Denn nur so bleibt unsere Stadt ein Ort, in dem Freiheit, Eigenverantwortung und Sicherheit zusammengehören.

#### **I. Sicherheit stärken**

Auch wenn die Gesamtkriminalität in Dortmund rückläufig ist, gibt es besorgniserregende Entwicklungen: Die Gewaltkriminalität nimmt wieder zu, besonders an Brennpunkten wie dem Dortmunder Hauptbahnhof – einem der deliktreichsten in ganz Deutschland. Auch die Zahl der Straftaten durch Kinder und Jugendliche ist zuletzt gestiegen. Dieser Entwicklung müssen wir entschlossen begegnen, bevor sie sich verfestigt.

Das heißt für uns:

1. Der Kommunale Ordnungsdienst, Landespolizei, Bundespolizei und der Sicherheitsdienst von DSW 21 müssen ihre Zusammenarbeit verbessern und Schnittstellen optimieren. Rechtsfreie Räume an den Übergängen von Verantwortlichkeiten darf es nicht geben.
2. Videoüberwachung ist für uns Liberale angesichts der Grundrechtseingriffe für Unbeteiligte stets nur das letzte Mittel und nur gerechtfertigt, wenn auch ein unmittelbarer Eingriff der Sicherheitsbehörden möglich gemacht wird.

3. Die Stadt Dortmund muss sich bei der Bundespolitik dafür einsetzen, dass es im Dortmunder Hauptbahnhof wie an anderen Standorten auch eine sichtbare und gut erreichbare Wache der Bundespolizei gibt.
4. Das Jugendamt muss gestärkt werden, um in Kooperation mit Polizei und Justiz die Gewaltprävention bei Jugendlichen zu seiner Aufgabe machen und konsequente Maßnahmen insbesondere bei kriminellen Kindern und Jugendlichen ergreifen. Auch Gewalttaten junger Menschen erfordern eine klare und unmissverständliche Reaktion des Staates.
5. Zur Sicherheit in Dortmund gehören auch ein effektiver Rettungsdienst und Brandschutz. Auf Druck der FDP im Rat hat die Stadt nun wieder gültige Bedarfspläne dafür beschlossen. Diese müssen mit den entsprechenden Finanzmitteln konsequent umgesetzt werden, um effektive Einsatzbedingungen zu schaffen.
6. Wir setzen uns für einen personell gut ausgestatteten und modern ausgerüsteten Kommunalen Ordnungsdienst ein. Die Beschäftigten müssen in der Lage sein, Präsenz zu zeigen, Konflikte zu deeskalieren und effektiv für Ordnung im Stadtgebiet zu sorgen.

## **II. Ordnung und Sauberkeit verbessern**

Unsere Stadt – insbesondere unsere Innenstadt – muss ein Ort sein, an dem sich Menschen wohlfühlen: Als Kunden des Einzelhandels, als Gäste der Gastronomie oder als Besucher von außerhalb. Sauberkeit und Ordnung sind dafür die unverzichtbare Grundlage. Die aktuelle Situation wirkt jedoch abschreckend – sie ist weder einladend noch akzeptabel und darf so nicht bleiben. Das heißt für uns:

1. Das Verbot des Lagerns und des aggressiven Bettelns muss insbesondere in der Fußgängerzone, vor dem Hauptbahnhof sowie den zugehörigen Verbindungswegen konsequent durchgesetzt werden. Dies erfordert eine dauerhafte und regelmäßige Bestreifung durch den Kommunalen Ordnungsdienst bis in die Abendstunden hinein. Hier sind entsprechende personelle Prioritäten zu setzen. Für Obdachlose sind im Gegenzug ausreichende innenstadtnahe und niedrigschwellige Übernachtungs-, Wasch- und Toilettenmöglichkeiten anzubieten.
2. Wir befürworten das Konzept von Drogenkonsumräumen, lehnen diese jedoch innerhalb des Wallrings oder in unmittelbarer Nachbarschaft von Schulen weiterhin ab. Die Nutzung des Dortmunder Drogenkonsumraums sollte wieder auf Dortmunder beschränkt werden, damit die Nachbarstädte nicht ihre Angebote zurückfahren.
3. Die tägliche Intensivreinigung in der Innenstadt muss fortgesetzt werden. Abfallbehälter in der Fußgängerzone müssen ggf. auch untertäglich geleert werden.
4. Wir wenden uns gegen pauschale Alkoholverbote im öffentlichen Raum. Ausnahmen darf es nur befristet an Brennpunkten geben.

### **III. Sozialleistungsmissbrauch verhindern, irreguläre Migration erschweren**

Der Dortmunder Skandal um Scheinvaterschaften auf Kosten der Staatskasse hat nochmals deutlich gemacht, dass Verwaltung funktionieren muss, damit die hart erarbeiteten Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger nicht in die Taschen von Betrügerinnen und Betrügern fließen. Daher müssen Kontrollmechanismen verbessert werden. Wir halten es zudem für einen schweren Fehler einer linken Mehrheit im Rat der Stadt Dortmund, die bundesweite Bezahlkarte für Asylbewerber in Dortmund nicht einzuführen.

Das heißt für uns:

1. Wir werden im nächsten Rat eine neue Abstimmung über die Bezahlkarte für Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes herbeiführen. Denn die Bezahlkarte verhindert die Bezahlung von Schleppern mit Bargeld und die Überweisung von Sozialleistungen ins Ausland. Das senkt Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland.
2. Im Blick auf die Bearbeitung von Vaterschaftsanerkennungen muss in der Stadtverwaltung evaluiert werden, ob die erfolgten gesetzlichen und organisatorischen Änderungen ausreichend sind, um Scheinvaterschaften zur Erlangung von Aufenthaltstiteln und Sozialleistungen auszuschließen.
3. Um die Erlangung von Sozialleistungen für Kinder auszuschließen, die sich gar nicht in Deutschland aufhalten, muss ein Konzept zum regelmäßigen Informationsaustausch zwischen Schulamt, Jugendamt, Jobcenter und das Amt für Migration erstellt werden. Dabei ist bei ausländischen Leistungsempfängerinnen und -empfängern insbesondere zu überprüfen, ob gemeldete Schülerinnen und Schüler ihrer Schulpflicht nachkommen, und entsprechende Anlaufstellen für Lehrkräfte zu schaffen.

### **IV. Aufenthaltsbeendigung konsequenter umsetzen**

Die Freien Demokraten stehen zum individuellen Grundrecht auf Asyl und zu den internationalen Verpflichtungen zur Aufnahme von Menschen, die vor Krieg und Bürgerkrieg fliehen. Wir sind aber entschieden gegen den Missbrauch des Flüchtlingsstatus, um in das Sozialsystem einzuwandern. Wer kein Recht hat, in Deutschland zu sein, muss auch schnell und konsequent abgeschoben werden. Das betrifft auch Armutsmigration aus EU-Staaten, für die es keine Grundlage in den EU-Verträgen gibt. Das heißt für uns:

1. Das städtische Personal für Aufenthaltsbeendigungen und EU-Freizügigkeitsprüfungen muss deutlich aufgestockt werden. Hier sind Stellen entsprechend umzuschichten.
2. Priorität bei der Aufenthaltsbeendigung müssen neben Gefährdern und Straftätern diejenigen Nicht-Bleibeberechtigten haben, die ungeklärte Identitäten oder fehlende Papiere haben. Auch wenn diese arbeitsintensiver für die Verwaltung sind, muss die Abschiebung derjenigen, die den deutschen Staat dreist betrügen, absoluten Vorrang haben.
3. EU-Bürgerinnen und -Bürger, die zuwandern, um Sozialleistungen zu erhalten, statt zu arbeiten, haben nach den EU-Freizügigkeitsregelungen kein Recht auf Aufenthalt in Deutschland. Sie müssen ihre ungerechtfertigten Sozialleistungen verlieren und

konsequent, gegebenenfalls in letzter Instanz in Form eines persönlichen Aufsuchens ihres Wohn- oder Arbeitsortes, zur Ausreise aufgefordert werden. Die Ordnungs- und Sozialbehörden müssen hier intensiv zusammenarbeiten. Alle kommunalen Projekte, die eine solche Einwanderung in die Sozialsysteme noch fördern, sind zu beenden.

## **Teil 4**

### **Chancen in einer vielfältigen Stadt.**

Wir Freie Demokraten stehen für Chancen unabhängig von der sozialen Herkunft. Gerade für Kinder und Jugendliche sind die Bildungschancen vor Ort entscheidend. Wir Freie Demokraten wollen, dass Bildungschancen nicht davon abhängen, woher jemand kommt, sondern wohin der Mensch gehen möchte. Überall schlummern unbekannte Talente, die eine gute Förderung verdient haben.

Als Liberale treten wir für Selbstbestimmung und Akzeptanz ein, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität, von Alter und Religion, mit und ohne Behinderung. Wir wollen die offene und vielfältige Gesellschaft ein. Wir wenden uns gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Extremismus.

#### **I. Gute Schulen**

Schulgebäude, ihre Ausstattung und die Schulentwicklungsplanung liegen in der Verantwortung der Stadt. Dies ist Grundlage dafür, dass alle Schülerinnen und Schüler ein begabungsgerechtes Schulangebot erhalten und dass das Lernumfeld stimmt.

Wir setzen auf eine vielfältige Schullandschaft mit unterschiedlichen Schulformen - ob privat oder staatlich - mit einer möglichst hohen Durchlässigkeit. Unser Schulangebot ist bunt und soll es auch bleiben. Wir begrüßen die von FDP-Bildungsministerinnen eingeführten Talentschulen des Landes und das Startchancenprogramm des Bundes. So werden gerade Schulen in sozialen Brennpunkten gefördert, um Chancen unabhängig von der Herkunft Realität werden zu lassen.

Das heißt für uns:

1. Wir werden für alle Schulformen nachfragegerechte Angebote sicherstellen, damit jedes Kind den bestmöglichen Weg für eine gute individuelle Förderung und den eigenen Aufstieg finden kann. Ausdrücklich gehören für uns dazu auch die Stärkung der Gymnasien und der Erhalt der Förderschulen.
2. Wir wollen den Neubau, die Sanierung und die Modernisierung von Schulgebäuden konsequent vorantreiben. Denn in gepflegten Gebäuden mit guter Ausstattung lernt es sich besser. Auch intakte und saubere Toiletten müssen endlich Standard in Schulen sein. Um das schneller zu erreichen, befürworten wir die Rücknahme bauhemmender und bauverteuernder Beschlüsse des Rates und wollen die gesetzlichen Standards für Bauprojekte eins zu eins umsetzen.
3. Wir wollen digitale Hausmeister für die Schulen. Das technische Equipment braucht viel Wartung und Systempflege, das kann das Lehrpersonal nicht noch nebenbei schaffen. Wir brauchen technisch versiertes Fachpersonal, das zumindest tageweise vor Ort ist. Ein

zentraler Mitarbeiterpool, der erst angefordert werden muss, reicht dafür nicht aus.

4. Wir unterstützen die Schulsozialarbeit und setzen uns dafür ein, die Angebote der Jugendförderung besser mit der Schulsozialarbeit zu vernetzen.

## **II. Gute Kinderbetreuung**

Bildung fängt bei den Allerkleinsten an. Sie brauchen ein sicheres Umfeld, Geborgenheit und einen Einstieg in sprachliche Kompetenzen. Gutes Beherrschen der deutschen Sprache setzt die Grundsteine für den Erfolg und das Leben in Deutschland und hier bei uns in Dortmund.

Trägervielfalt ist auch pädagogische Vielfalt. Dafür bauen wir die frühkindliche Bildung aus und schaffen damit Lern- und Spielumgebungen für unsere Kleinsten.

Das heißt für uns:

1. Dortmund muss endlich die Vorgabe des Kinderbildungsgesetzes ernst nehmen, das Trägervielfalt verlangt. Frei gemeinnützige und private Anbieter haben es in Dortmund zu schwer. Wir legen unseren Schwerpunkt im Rat auf Elterninitiativen, auf frei gemeinnützige und private Träger - auch um mehr Betriebs-Kitas zu ermöglichen.
2. Das „Eulen und Lärchen“-Konzept für Kita-Öffnung in Tagesrandlagen muss nachfragegerecht weiterentwickelt werden, um Bedarfe von Eltern im Schichtdienst abzubilden.
3. Wir wenden uns dagegen, dass Elternbeiträge in Dortmund immer weiter in den Einkommensgruppen erhöht werden, die Eltern erreichen, wenn beide qualifiziert erwerbstätig sind. Das bestraft die Leistungsträgerinnen gerade unter den Frauen.
4. Wir fordern, dass die Stadt künftig auf Elternbeiträge für Zeiten verzichtet, in denen sie keine Leistung anbietet, z.B. weil der Betrieb bestreikt wird oder Kitas wegen Personalmangel schließen. Keine Leistung gleich kein Geld, dieses Prinzip muss auch für die Kinderbetreuung gelten.

## **III. Jugendarbeit**

Junge Menschen sollen ermutigt werden ihre Ideen, Wünsche und Ängste einzubringen und unsere Stadt mitzugestalten. Eine gute Jugendpolitik kann nur diejenige sein, die in den Dialog mit jungen Menschen tritt. Jugendpolitik muss der Jugend jedoch gleichzeitig einen Raum bieten - physisch wie gesellschaftlich.

Das bedeutet für uns:

1. Die Stadt soll auch in Zukunft in die Jugendsozialarbeit investieren und Räumlichkeiten für aktive Jugendverbände und Einrichtungen zur Verfügung stellen.
2. Bestehende Anlaufstellen für junge Menschen bedürfen hier auch in Zukunft die Unterstützung der Stadt Dortmund. Insbesondere der Zugang zu Suchtprävention, Angeboten für Mobbing-Opfer und zu niedrigschwelliger Sexualberatung ist von besonderer Bedeutung.
3. Wir Freie Demokraten sind mit dem Konzept zur Jugendbeteiligung in Dortmund nicht zufrieden. Neben sinnvollen Beteiligungsformaten, die der Rat beschlossen hat, halten wir an

unserer Forderung fest, ein Jugendparlament mit Antragsrecht zum Stadtrat analog zum Seniorenbeirat zu etablieren.

#### **IV. Vielfalt in der Stadt**

Gleichstellung von Frauen, Akzeptanz von Vielfalt und ein „Mitdenken“ von Minderheiten in der Politik geschieht nicht von selbst. Hier braucht es politischen Willen und politische Unterstützung. Denn es geht um Fragen von Freiheit und Selbstbestimmung. Als Liberale stehen wir dafür und haben dabei immer den einzelnen Menschen im Blick.

Das heißt für uns konkret:

1. Wir wollen engagierten Frauen Türen öffnen für neue Aufgaben – deshalb wollen wir eine gezielte Entwicklung des Potenzials von Frauen in der Stadtverwaltung, aber auch die Förderung von Gründerinnen durch die Wirtschaftsförderung. Gleiches muss für Männer gelten, die in Berufe gehen, in denen sie unterrepräsentiert sind.
2. Die Freien Demokraten setzen sich für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Vorständen und im mittleren Management der städtischen Unternehmen ein. Wir unterstützen flexible Zielvorgaben, aber keine festen Quoten.
3. Diversity Management in der Arbeitswelt ist mehr als Frauenförderung. Es muss in der Stadtverwaltung und den kommunalen Betrieben ganzheitlich gedacht werden, also mit allen Dimensionen von Vielfalt. Deshalb gehört das gesamte Personal in diesem Bereich unter ein organisatorisches Dach beim Oberbürgermeister. Dies bringt bessere Ergebnisse und spart Kosten.
4. Bei Menschen mit bestehender oder drohender Behinderung liegt unser besonderes Augenmerk auf der beruflichen Rehabilitation und Inklusion im ersten Arbeitsmarkt. Diesen Weg der Teilhabe wollen wir seitens der Stadt und des Jobcenters so stark wie möglich unterstützen.
5. Wir werden die Unterstützung der queeren Community fortsetzen. Dazu gehören insbesondere die Förderung der Koordinierungsarbeit des SLADO, des Schulaufklärungsprojekt SCHLAU, des Jugendzentrums Sunrise und des Gesundheitsprojekts „pudelwohl“. Den mit unserer Unterstützung beschlossenen LSBTIQ-Aktionsplan wollen wir umsetzen. Die städtische Koordinierungsstelle soll weiterhin beim Oberbürgermeister angesiedelt sein.
6. Wir begrüßen die Maßnahmen, die die Stadt und die Polizei hinsichtlich der Bekämpfung des Rechtsextremismus in unserer Stadt auf den Weg gebracht haben. Aber Präventionsaktivitäten müssen alle Formen des politischen Extremismus bearbeiten, denn wir lehnen jede Form von Extremismus ab, der die offene Gesellschaft in Dortmund bedroht - sei es Rechtsextremismus, Linksextremismus oder religiöser Fanatismus
7. Sprache in der Verwaltung muss verständlich und korrekt sein. Sonderzeichen, die nicht der deutschen Rechtschreibung entsprechen, lehnen wir ab. Stattdessen sind alle Geschlechter durch geeignete Formulierungen wertschätzend anzusprechen.



## V. Gesundheit und Soziales

Die Stadt Dortmund bietet über ihre Verwaltung oder geförderte Projekte eine umfassende Palette von sozialen Dienstleistungen, gerade für benachteiligte Menschen. Dies unterstützen wir. Gleichzeitig achten wir darauf, dass diese Angebote effizient im Blick auf Zielerreichung und Mitteleinsatz sind und sich die Sozialindustrie nicht auf Kosten der Steuerzahler stetig ausweitet. Im Bereich der Gesundheit ist klar: entscheidend ist die ausgezeichnete Arbeit von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten. Städtische Angebote müssen immer als Ergänzung zu ihrer Arbeit konzipiert sein, nicht als ihr Ersatz.

Das heißt für uns konkret:

1. Der Grundsatz des Forderns und Förderns hat sich bei Langzeitarbeitslosen als richtig erwiesen. Es ist sicherzustellen, dass das Jobcenter ausreichend Personal für die Betreuung hat. Die bestehenden Handlungsmöglichkeiten Neu- und Weiterqualifizierung sind zu nutzen. Sanktionsmöglichkeiten sollen im Rahmen der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ausgeschöpft werden, wenn Leistungsempfänger ihren Pflichten nicht nachkommen.
2. Für alle sozialen Dienstleistungen gilt für uns: Angebote der Stadt sollten private Anbieter nicht verdrängen oder unangemessen im Wettbewerb um die besten Lösungen benachteiligen. Wenn z.B. das städtische Klinikum Dortmund besondere integrierte Versorgungsmodelle anbietet, sollten diese nicht nur für städtische Leistungserbringer offen sein.
3. Anlaufstellen für Menschen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, Frauenberatungsstellen, Frauenhäuser und Initiativen zur Täterarbeit zur Prävention verdienen eine gesicherte Unterstützung durch die Stadt. Eine gesicherte Finanzierung brauchen auch Projekte für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter sowie für Wohnungslose.
4. Wir machen uns stark für eine bestmögliche personelle und sachliche Ausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD), um die wichtigen Aufgaben wie Schuleingangsuntersuchungen, Infektionsschutz und Hygiene zu bewältigen. Für die Aufgaben des ÖGD sollen geeignete Softwareprodukte eingesetzt werden, die die Gesundheitsdaten über Standardschnittstellen problemlos Datenübertragung übertragen können. Routinetätigkeiten sollten bestmöglich digitalisiert werden. Für die Früherkennung von kritischen Entwicklungen möchten wir die Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz nutzen, bestenfalls in Kooperation mit umliegenden Einrichtungen des ÖGD.
5. Rechtskonforme Schwangerschaftsabbrüche müssen in Dortmund möglich sein. Es gibt kaum noch Praxen, die Abbrüche durchführen. Daher ist zu prüfen, ob ein zusätzliches Angebot seitens des Klinikums Dortmund erforderlich ist.

## Teil 5

### Unsere Stadt noch lebenswerter machen.

Das Leben besteht nicht nur aus Arbeit. Vielfältige Angebote an Freizeit und Kultur, gute Wohnangebote, ein schönes Umfeld in unserer Stadt und funktionierende Mobilität – das sind wichtige Bausteine für die Lebensqualität. Wir wollen Dortmund noch lebenswerter machen und dabei die Vielfalt der individuellen Bedürfnisse im Blick haben.

## **I. Kultur, Sport und Freizeit**

Dortmund hat großartige Kulturangebote: von Oper und Ballett über Sprechtheater und Konzerthaus bis hin zur freien Kulturszene. Sie tragen dazu bei, dass unserer Stadt so lebens- und liebenswert ist. Kultur- und Kreativwirtschaft sind ein Standortfaktor auch für die Wirtschaft insgesamt.

Dortmund ist eine Sportstadt. Der Leistungssport von BVB bis zu den Leistungszentren für Leichtathletik, Rudern und Kunstturnen ist ein echter Standortfaktor für die Stadt.

Eine lebendige Stadt braucht eine starke Kneipenszene, gute Gastronomie und attraktive Clubs. Das zu gestalten, ist private Aufgabe, die Stadt muss aber auch hier Ermöglicher sein und gute Rahmenbedingungen schaffen.

Das heißt für uns:

1. Wir Freie Demokraten wollen die Kreativität und Kultur in unserer Stadt weiter voranbringen – gerade, wenn sie außerhalb etablierter Institutionen entsteht. Wir wollen die öffentlichen Kulturangebote auf hohem Niveau erhalten und gleichzeitig der freien Kultur ein starkes Gewicht geben. Sie muss nachhaltig unterstützt werden. Zudem wollen wir moderne Ausdrucksformen, Jugendkultur sowie die Kultur von und für Minderheiten Raum schaffen.
2. Die Dortmunder Museen brauchen eine bessere Vermarktung. Neben den städtischen Museen müssen Fußballmuseum, Baukunstarchiv, die DASA und das Industriemuseum Zeche Zollern als attraktiver Grund für Dortmund-Tourismus vermarktet werden.
3. Eine lebendige Stadt braucht eine lebendige Clubkultur und Kneipenszene. Wir Freie Demokraten stehen für eine Stadtentwicklungspolitik, die Flächen für Partys und Clubs ausdrücklich will und mitdenkt. Außengastronomie soll wo immer vertretbar ermöglicht werden. Restaurants und Kneipen sollen in bestimmten Bereichen die Möglichkeit bekommen, feste Patio-Installationen auf Gehwegen einzurichten – für mehr Atmosphäre, mehr Aufenthaltsqualität und einen echten Szenetreffpunkt. Das Projekt der Dortmund Guides wollen wir fortführen, um Konflikten und Ruhestörungen im Nachtleben vorzubeugen.
4. Der Breitensport hat eine wichtige Funktion für Gesundheit, Freizeitgestaltung und Integration. Kommerzielle Angebote wie Fitnessstudios und auch der E-Sport gehören für uns dazu. Wir Freie Demokraten unterstützen daher die Sportvereine in der Stadt und wollen ihnen gute Rahmenbedingungen sichern. Sportstätten sind ebenso wie der Schwimmunterricht für Kinder nachfragegerecht weiterzuentwickeln. Durch die Sicherung von Lehrschwimmfläche möchten wir die Beschulungspflicht einhalten.
5. Wir unterstützen das Engagement der Stadt, wichtiger Standort im Spitzensport zu sein, große Turniere nach Dortmund zu holen und dies auch in das Stadtmarketing einzubinden.

## II. Wohnungsbau und Stadtentwicklung

Bezahlbares Wohnen ist in einer wachsenden Stadt nur dann realistisch, wenn neue Wohnungen gebaut werden. Die städtische Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft, die der Oberbürgermeister als Schlüssel dafür angekündigt hatte, hat bisher keinen nennenswerten Beitrag dazu geleistet. Einmal mehr zeigt sich, dass die Impulse zum Neubau vor allem von Privaten kommen müssen. Dazu gehören für uns auch genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften als wichtige Anbieter.

In der Stadtentwicklung muss sich Dortmund der Nutzung brachliegender ehemaliger Industrieflächen und der Beseitigung jahrelanger Schandflecke wie dem Kronen-Turm widmen. Wir sind offen für moderne Architektur und auch für das Bauen in die Höhe.

Das heißt für uns:

1. Private Investitionen in Wohnungsbau müssen durch zügige Planungen und schnelle Baugenehmigungen gefördert werden. Hier sind personelle Prioritäten innerhalb der Stadtverwaltung zu setzen. Alle Optionen zur Digitalisierung sind umzusetzen.
2. Der Dachgeschossausbau und die Aufstockung von Gebäuden können einen Beitrag zur Schaffung neuen Wohnraums leisten. Dazu müssen alle bauhemmenden und bauverteuernde Vorschriften der Stadt wie die zwangsweise Begrünung von Dächern abgeschafft werden. Die Bauvorschriften von Bund und Land reichen aus. Statt Zwang sollte die Stadt auf finanzielle Anreize setzen.
3. Zur Schaffung neuen Wohnraums sprechen wir uns für eine vorrangige Nachverdichtung aus. Freiflächen sollten nur dann erschlossen werden, wenn dies zur Schaffung neuen Wohnraums oder wichtiger Arbeitsplätze zwingend erforderlich ist. Neue Baugebiete sollten vorrangig dort ausgewiesen werden, wo bereits Infrastruktur vorhanden ist. Besonders wichtig für uns: preiswertes Wohnen muss Vorrang haben
4. Im demografischen Wandel brauchen wir mehr barrierearmen Wohnraum für Senioren und barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Behinderung. Nicht nur im Wohnungsbau und bei der Gebäudesanierung muss hierauf gerade seitens öffentlicher und genossenschaftlicher Wohnungsbaugesellschaften hingewirkt werden.
5. Städtische Projekte wie die Bauten zur Internationalen Gartenausstellung (IGA) sind finanziell aus dem Ruder gelaufen - wie so oft bei öffentlichen Bauten. Das darf so nicht weiter gehen. Kostensteigernde Umplanungen seitens der Stadtverwaltung sollten vom Rat nicht länger akzeptiert werden. Und auch mit den Bauunternehmen müssen Kostensteigerungen vorab vertraglich begrenzt werden.
6. Für die Innenstadt brauchen wir besondere Anstrengungen, um die City zum „Wohnzimmer Dortmunds“ zu machen. Mehr Stadtbegrünung, ästhetische Stadtmöblierung und Verschattungen für den Sommer sind ebenso wichtig wie die Erneuerung der Pflasterung in der Fußgängerzone. Die unendliche Geschichte der Kampstraße muss zu einem Abschluss gebracht werden. Wir setzen angesichts der Krise des stationären Handels auf mehr Gastronomie und Events sowie Wohnen in der City. Um Nutzungskonflikte etwa hinsichtlich des Lärms zu vermeiden, ist ein quartiersbezogener Ansatz mit speziellen Nutzungsprofilen

innerhalb der City sinnvoll. Wir wollen in der Innenstadt gezielt einen Bereich fördern, der als lebendiges Zentrum des Nachtlebens dient

### III. ÖPNV

Unsere Stadt wächst, die Mobilitätsbedürfnisse steigen und gleichzeitig müssen wir zum Klimaschutz beitragen. Wir Freie Demokraten wollen eine effektive Verkehrswende hin zu guter und klimafreundlicher Mobilität erreichen. Grundlage dafür ist ein qualitativ guter und zuverlässiger ÖPNV. Zur Wahrheit gehört aber auch: der Ausbau des ÖPNV zum Beispiel durch eine Taktverdichtung der Stadtbahn ist nicht nur teuer hinsichtlich der Schieneninfrastruktur, des Kaufs neuer Fahrzeuge und des Baus neuer Betriebshöfe. Er trifft auch auf einen Mangel an Bus- und Stadtbahnfahrern, da viele Beschäftigte in den nächsten Jahren das Rentenalter erreichen. Das heißt für uns:

1. Die Stadt Dortmund muss gegenüber den Stadtwerken darauf drängen, dass die Leistungsvereinbarungen insbesondere im Blick auf die Pünktlichkeit wieder eingehalten werden.
2. Die Nachwuchsgewinnung von Fahrpersonal hat Priorität für die Stabilität des Verkehrssystems. DSW21 sollte zudem die dynamische technische Entwicklung von autonom fahrenden Bussen regelmäßig prüfen und ggf. erproben.
3. Wir unterstützen die Anstrengungen von DSW21, in die bestehende Infrastruktur zu investieren, um die Stadtbahn und die Betriebshöfe auf dem Stand der Technik funktionsfähig zu halten. Weitere Investitionspotenziale durch den Verkauf städtischer Beteiligungen oder neue Bundesmittel müssen dann für den Ausbau des Angebots genutzt werden.
4. Das Stadtbahnausbau-Programm sollte zeitnah nach der Kommunalwahl vom Rat auf der Grundlage der noch ausstehenden Prüfungen beraten und verabschiedet werden.
5. Der in der Planung befindliche Anschluss der H-Bahn an die U42 muss in der nächsten Wahlperiode umgesetzt werden. Generell wollen wir das Netz der H-Bahn als autonom fahrendes Verkehrsmittel weiter ausbauen. Ausbaustufen müssen dabei den standardmäßigen Kosten/Nutzen-Kriterien für die Förderung aus Bundesmitteln entsprechen.
6. Wir befürworten weiterhin ein Ride Sharing Angebot, also eine moderne, digitale Version des Anrufsammeltaxis. Wir sehen hier insbesondere für die Außenbezirke jenseits der Endstellen der Stadtbahn verkehrliche Potenziale – gerade für junge Menschen, die sich ein klassisches Taxi nicht leisten können.
7. Die ÖPNV-Anbindung des Flughafens ist nicht für die ganze Stadt geeignet. Die östliche Innenstadt und der Stadtbezirk Brackel sollten durch eine neue Buslinie von der U43 in Brackel kostengünstig an den Flughafen angebunden werden.
8. Wir begrüßen den Start der neuen Ringbuslinie und befürworten eine zweite Ringbuslinie weiter außerhalb, um Vororte ohne Umweg über die Innenstadt untereinander anzubinden. Zudem befürworten wir die Schaffung weiterer Schnellbuslinien in die Umlandgemeinden.

9. Wir fordern die Einführung automatischer Fahrgastzählsysteme in allen Stadtbahnen und Bussen. Diese Technologie liefert präzise und kontinuierliche Daten zur Fahrzeugauslastung – ohne zusätzlichen Personalaufwand. So lassen sich Taktungen und Kapazitäten zielgenau steuern, Überlastungen vermeiden und die Nahverkehrsplanung effizienter gestalten.

#### **IV. Straßenverkehr**

Zur Mobilität in unserer Stadt gehört auch weiterhin das Auto als gleichberechtigter Verkehrsträger. Nicht alle Mobilitätsbedürfnisse können mit Bus oder Fahrrad gelöst werden. Im Zuge der Elektrifizierung der Autoflotte treten auch Klimaschutzabwägungen schrittweise zurück. Daher stehen wir für die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger sowie für die sinnvolle Verknüpfung von Verkehrsträgern in unserer Stadt. Eine ideologische Anti-Auto-Politik lehnen wir ab.

Das heißt für uns:

1. Das Straßennetz muss gut und sicher erhalten werden. Der aufgebaute Erneuerungsbedarf ist endlich anzugehen. Schlaglöcher sind zeitnah zu beheben.
2. Für das Baustellenmanagement sind eigens Stellen in der Stadtverwaltung geschaffen worden. Die Bürgerinnen und Bürger merken davon leider wenig. Noch immer sind Baustellen unkoordiniert, wiederkehrend oder über Wochen ohne erkennbaren Baufortschritt. Deshalb muss die Stadtverwaltung hier einen neuen Schwerpunkt legen.
3. Ein nahezu flächendeckendes Tempo 30 in der Stadt lehnen wir ab. Ein Tempolimit muss sich auf Gefahrenpunkte beschränken. Tempo 30 zum Lärmschutz darf nicht als billige Lösung zur Regel werden. In diesem Sinne müssen auch bereits bestehende Tempolimits kritisch hinterfragt und ggf. aufgehoben werden, z.B. auf der Märkischen Straße. Stattdessen sollte die Stadt in Flüsterasphalt investieren, wo immer das zur Lärminderung sinnvoll ist.
4. Wir befürworten den Ausbau der Park&Ride-Angebote. Die Innenstadt muss aber weiter mit dem Auto erreichbar bleiben.
5. Auch für die Anwohnerinnen und Anwohner der Innenstadtbezirke muss Parken möglich bleiben. Falls Parkplätze durch den Ausbau von Radwegen wegfallen, soll die Stadt Alternativen etwa in Form von Quartiersgaragen mitplanen. Zum Ausbau von Radwegen darf in der Summe kein Parkraum vernichtet werden. Zudem sollte die Stadt in Gespräche mit Betreibern von Supermärkten eintreten, ob in der Innenstadt außerhalb der Öffnungszeiten Parkplätze gegen ein faires Entgelt von den Anwohnerinnen und Anwohnern genutzt werden können.
6. Die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im öffentlichen Straßenraum ist im Dialog von Stadt und Energieversorgern weiter auszubauen.
7. Wir setzen uns zur Stärkung der Gastronomie für ein kostenloses Parken in den Abendstunden in städtischen Parkhäusern ein. Zudem befürworten wir einen Modellversuch, zur Stärkung des Handels in der City und den Stadtteilzentren kostenloses Parken für maximal drei Stunden am Wochenende zu erproben.

## **V. Fußgängerpolitik und Fahrradverkehr**

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Fußgängerpolitik in Dortmund einen höheren Stellenwert bekommt. Dazu gehört auch die Lösung von Konflikten zwischen Fußgängern und Radfahrern. Gleichzeitig wollen wir, dass Gehwege und Radwege in einem guten und sicheren Zustand sind. Instandhaltung muss Priorität vor Neubau haben. Der Ausbau des Radwegenetzes soll sich am tatsächlichen Bedarf orientieren.

Das bedeutet für uns:

1. Dortmund braucht einen eigenständigen Fußgängerbeauftragten in der Verwaltung, der nicht mit dem Fahrradbeauftragten identisch ist. In der heutigen Struktur dominiert einseitig der Radverkehr in der Verwaltung. Diese Reform muss kostenneutral erfolgen.
2. Alle Ampelschaltungen sind zugunsten der Fußgänger zu überprüfen – in einem ersten Schritt in den Innenstadtbezirken. Das betrifft insbesondere die Zugänge zu Stadtbahnstationen. Alle erneuerten Ampeln sind mit einem Timer auszustatten, der anzeigt, wann die nächste Grünphase kommt.
3. Kreuzungen von Rad- und Gehwegen müssen für die Fußgänger sicherer gestaltet werden. Unter anderem sollte die rote Markierung des Radwegs unterbrochen werden, damit den Radfahrern eine notwendige Rücksichtnahme und der Vorrang der Fußgänger signalisiert wird.
4. Bei Radwegen sollte die Qualitätsverbesserung der Radwege in der ganzen Stadt wichtiger sein als Leuchtturm-Projekte in der City. Wir brauchen stadtweit eine sichere Radverkehrsinfrastruktur. Wir setzen uns dafür ein, den Beschluss zum Bau des Radwalls zurückzunehmen. Schon der teure Radweg am Ostwall wird kaum genutzt. Vorhandene Mittel können effizienter für den Radwegeausbau genutzt werden.
5. Das Ordnungsamt soll konsequent die Blockade von Gehwegen durch Miet-Roller ahnden. Zudem sprechen wir uns für eine maßvolle Erhöhung der Sondernutzungsgebühren für den Verleih von E-Rollern aus.

## **VI. Private Initiativen in der Stadtgestaltung fördern**

Wir Freie Demokraten wertschätzen bürgerschaftliches Engagement und private Initiative. Die FDP traut den Bürgerinnen und Bürgern etwas zu, statt sie zu bevormunden. Wir wollen sie stärker als jetzt in die Gestaltung ihrer Stadt Dortmund einbinden - ihnen mehr Möglichkeiten geben, sich vor Ort für ihr direktes Umfeld einzubringen und sie für ihr Engagement belohnen statt bestrafen.

Das heißt für uns:

1. Wir befürworten die kostenfreie Überlassung von städtischen Kleinflächen an Anwohner, um die eigene Straße zu verschönern, verwahrloste Unkrautstreifen durch Blumen zu ersetzen oder Patenschaften für die Bewässerung von Bäumen im Hochsommer zu übernehmen. Ein solcher Ansatz führt zu einer stärkeren Identifikation mit dem Wohnviertel. Sich gefragt, eingebunden und sich damit auch für etwaige Missstände zuständig zu fühlen, sorgt mittelfristig für weniger Müll und mehr Grün.

2. Wir unterstützen die Idee aus anderen Städten, städtisches Grün im Straßenraum gegen Werbemöglichkeiten in die Obhut privater Gartenbetriebe zu geben. Gleiches wäre für Handwerksbetriebe bei Sitzbänken denkbar.
3. Wir sehen „Quartiersmanagement“ nicht allein als städtische Angelegenheit. Wir wollen, dass die Bürgerschaft und die Gewerbetreibenden vor Ort kontinuierlich mitbestimmen und ihre Wünsche einbringen können.
4. Unsere Gesellschaft verändert sich ständig. Ob Urban Gardening, Hofverkauf selbstgemachter Produkte oder Popup-Street Art - all das sind Beispiele für neue Formen der Mitgestaltung von Bürgern ihrer Lebenswelt. Allen ist gemeinsam: Bürgerinnen und Bürger wollen etwas tun, wollen mit begrenzten Mitteln etwas erschaffen. Eventuelle Genehmigungen sollten unbürokratisch erteilt werden – mit einer Grundhaltung, die Neues ermöglichen statt verhindern will.